

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

eigentlich wären wir am 11. April zum alljährlichen Ostermarsch in Ellwangen zusammengekommen, um gemeinsam für mehr Frieden in der Welt und für eine Zukunft ohne Waffen einzutreten. Die Corona-Pandemie verhindert dies, aber ich freue mich, dass Friedensbewegung, Zivilgesellschaft und Kunstschaffende nun neue und kreative Wege finden, um auch in Krisenzeiten nicht zu verstummen. Es ist wichtig und notwendig, dass jede und jeder Einzelne von uns – auch und vor allem jetzt – das Recht auf Frieden laut und deutlich einfordert, insbesondere angesichts der Zerrüttung und Tatenlosigkeit der internationalen Politik.

Die humanitären Folgen von Aufrüstung, Waffenexporten und bewaffneten Konflikten stehen uns in Form der Gewalt in der Türkei, in Syrien und im Jemen vor Augen. Aus dem Blickfeld geraten ist dagegen ein enormes Waffenarsenal, das noch bis vor dreißig Jahren das Leben der gesamten Weltbevölkerung bestimmt und Hunderttausende Menschen zum Protest aufgerüttelt hat. Ich spreche von Atomwaffen.

Obwohl, oder gerade weil, die Corona-Pandemie aktuell alle anderen Themen überschattet, darf der Blick auf die Kosten der nuklearen Aufrüstung nicht verloren gehen. Mit *Kosten* meine ich nicht nur die Konsequenzen, die der Abschuss von Atomraketen hätte, sondern ganz konkret die finanziellen Kosten. Gerade jetzt sollte deutlich werden, dass Gelder, die momentan in Militär und Waffensysteme fließen, an anderer Stelle viel bessere Verwendung fänden. Allein die USA geben jährlich 35,1 Milliarden US-Dollar für ihre nuklearen Waffensysteme aus. Würden diese Gelder stattdessen im Gesundheitswesen eingesetzt, könnten damit 300 000 Intensivbetten, 35 000 Ventilatoren, 150 000 Pflegekräfte und 75 000 Ärztinnen und Ärzte finanziert werden. Dieser Einsicht versperren sich die Verantwortlichen jedoch nach wie vor.

Dabei haben die Tragödien von Hiroshima und Nagasaki, spätestens aber die ständige Bedrohung eines Atomkrieges zwischen den USA und der Sowjetunion im Kalten Krieg gezeigt, dass Atomwaffen die Welt nicht sicherer machen. Die *Abschaffung* von Atomwaffen macht die Welt sicherer. Dennoch verharren die fünf offiziellen Atomwaffenstaaten – die USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich – in ihrem Unwillen, ihre Arsenale abzubauen. Dies zeigt sich besonders bei multilateralen Verträgen zur Einschränkung der nuklearen Aufrüstung.

Im Frühjahr 2019 sind im UN-Hauptquartier in New York Politiker und Diplomaten ebenso wie Vertreter der Zivilgesellschaft und der Nichtregierungsorganisationen zusammengekommen, um die für Frühjahr 2020 geplante Konferenz zur Überprüfung des Nichtverbreitungsvertrags vorzubereiten. Dieser Vertrag, auch unter dem Namen „Atomwaffensperrvertrag“ bekannt, verpflichtet die fünf Atomwaffenstaaten ihre Atomwaffenbestände auf Null zu reduzieren. Die übrigen Staaten sichern zu, keine eigenen Atomwaffenarsenale aufzubauen. In den fünf Jahrzehnten seiner Existenz

hat der Nichtverbreitungsvertrag jedoch keine Wirkung gezeigt: die USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich sind immer noch im Besitz von Atomwaffensystemen, die zudem weiterentwickelt und modernisiert werden. Vier weitere Staaten – Indien, Pakistan, Nordkorea und Israel – sind nicht mehr Teil des Vertrags und verfügen über eigene Atomwaffen.

Die im Vertrag verbliebenen Staaten sind unfähig, zu einem Konsens zu finden: Sie konnten sich 2019 noch nicht einmal auf eine gemeinsame Empfehlung für die Überprüfungskonferenz 2020 einigen.

Die Arsenale der Atomwaffenstaaten werden fortlaufend technisch aufgerüstet. Auch die in Büchel in Rheinland-Pfalz stationierten US-amerikanischen Atomwaffen sollen diese Aufrüstung durchlaufen und dadurch noch verheerendere Wirkung erhalten. Wir sprechen hier von zwanzig Atombomben, von denen jede Einzelne die dreizehnfache Zerstörungskraft derjenigen Bombe besitzt, die 1945 über Hiroshima abgeworfen wurde.

Die Bundesregierung begründet die Präsenz von Massenvernichtungswaffen in Deutschland mit der nuklearen Teilhabe im Rahmen der NATO. Hierbei bedeutet nukleare Teilhabe auch, dass die Atombomben im Fall einer Eskalation von Bundeswehripiloten abgeworfen würden. Auf den Einsatz der Atomwaffen hat die Bundesregierung keinerlei Einfluss; die Entscheidung darüber liegt allein beim US-amerikanischen Präsidenten.

Von Seiten der Atomwaffenstaaten heißt es oft, die Bomben dienen lediglich der Abschreckung und würden nie wirklich eingesetzt werden. Doch Atombomben müssen nicht erst gezündet werden, um dem Planeten und der Weltbevölkerung zu schaden.

Die globalen jährlichen Ausgaben für Erhalt und Modernisierung der Atomwaffenarsenale wurden 2011 auf 105 Milliarden US-Dollar geschätzt. Dies bedeutet, dass 12 Millionen US-Dollar *pro Stunde* für nukleare Aufrüstung ausgegeben werden. Zum Vergleich: Das Büro für Abrüstungsfragen der Vereinten Nationen verfügt über ein Budget von *jährlich* 10 Millionen US Dollar.

Und die Gefahr einer Eskalation nimmt zu. Der Zeiger der *Doomsday Clock*, der Atomkriegsuhr, stand zu Ende des Kalten Krieges bei **zehn** Minuten vor zwölf Uhr. Heute steht er bei **hundert Sekunden** vor zwölf.

Die Auswirkungen, die die Zündung auch nur einer Atombombe über bewohnten Gebieten hätte, sind kaum vorstellbar: Tausende unmittelbare Todesopfer, Zehntausende Menschen, die unter den Langzeitfolgen leiden und daran sterben, die Verwüstung und jahre-, bis jahrzehntelange Unbewohnbarkeit weiter Landstriche, daraus resultierend Flucht, Vertreibung und Kämpfe um knapper werdende Ressourcen.

Doch trotz all der erschreckenden Meldungen aus der Politik besteht Hoffnung auf eine atomwaffenfreie Zukunft. Dies verdanken wir dem überwältigenden Engagement von Zivilgesellschaft, Nichtregierungsorganisationen und einigen mutigen Politikern.

2017 gewann die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen, kurz ICAN, den Friedensnobelpreis für ihren Einsatz für den Atomwaffenverbotsvertrag. Der Atomwaffenverbotsvertrag wurde 2017 im Hauptquartier der Vereinten Nationen unter Beteiligung von über 135 Staaten sowie Vertretern der Zivilgesellschaft ausgehandelt. Sobald fünfzig Staaten weltweit diesen Vertrag ratifiziert haben, tritt er in Kraft und stellt ein völkerrechtliches Verbot von Atomwaffen dar. Damit wäre das Entwickeln, Testen, Herstellen, Lagern, Transportieren und Einsetzen von Atomwaffen ebenso verboten wie die Androhung eines solchen Einsatzes. Stand heute haben bereits 36 Staaten den Vertrag ratifiziert, innerhalb von nur zwei Jahren. Die Initiatoren rechnen damit, dass bereits im laufenden Jahr die nötigen 50 Ratifizierungen zusammenkommen könnten.

Schade ist nur, dass Deutschland den Vertrag nicht ratifiziert hat und auch nicht beabsichtigt, dies zu tun. Ebenso weigert sich die Bundesregierung, die USA zum Abzug der Atomwaffen aus Büchel aufzufordern, obwohl sich breiter Widerstand gegen die Haltung der Bundesregierung regt.

Sowohl auf Ebene der Länder als auch der Kommunen gibt es Signale, die hoffen lassen.

In der ostwürttembergischen Kleinstadt Ellwangen, meiner Heimatstadt, unterzeichneten im März 2017 rund 600 Menschen vor den Kirchenportalen eine Petition mit dem Appell an die Bundesregierung: "Abrüstung statt Aufrüstung der Atomwaffen" und die Atombomben in Büchel abzuschaffen. Im Herbst 2017 konnten der Bundeskanzlerin 43 408 Unterschriften übergeben werden, darunter 1600, die aus Ellwanger Betrieben und dem Weltladen kamen.

Vier Bundesländer – darunter Rheinland-Pfalz, das Bundesland, in dem die US-amerikanischen Atomwaffen stationiert sind – haben sich für den Atomwaffenverbotsvertrag ausgesprochen beziehungsweise die Bundesregierung dazu aufgefordert, dem Vertrag beizutreten. Insgesamt 528 deutsche Abgeordnete des Bundestages, der Landtage und des Europäischen Parlaments unterstützen den Atomwaffenverbotsvertrag. Und deutschlandweit erklären Städte und Landkreise mit dem ICAN-Städteappell ihre Unterstützung für den Atomwaffenverbotsvertrag. Innerhalb von 14 Monaten haben 86 deutsche Städte, darunter fünfzehn Landeshauptstädte, sowie fünf Landkreise den Appell unterzeichnet! Insgesamt repräsentieren diese Städte und Landkreise 24% der Bevölkerung Deutschlands.

Das Schöne ist: Jede und jeder Einzelne kann etwas für eine atomwaffenfreie Welt tun.

Die Friedenskoooperative und die deutsche Abteilung von ICAN organisieren Petitionen und stellen Unterschriftenlisten zur Verfügung, mit denen jede und jeder Einzelne von uns die Bundesregierung zur Ratifizierung des Atomwaffenverbotsvertrages auffordern kann. Auch zahlreiche Kampagnen und Friedensgruppen haben Unterschriftenaktionen für eine atomwaffenfreie Welt gestartet, ganz aktuell zum Beispiel die Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“, die sich speziell für den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland einsetzt.

Wer in einer atomwaffenfreien Welt leben will, kann sich auch an unsere gewählten Vertreter im

Parlament wenden. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung spricht sich laut einer Umfrage für einen Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag aus. Warum also passiert nichts?

Schreibt euren Abgeordneten und fordert mehr Einsatz für eine atomwaffenfreie Welt!

Eine zentrale Frage bei der Entwicklung und Wartung von Atomwaffen ist auch die Finanzierung. Daran beteiligen sich auch zahlreiche deutsche Kreditinstitute. Unter anderem die Deutsche Bank, die Commerzbank, die BayernLB und die Landesbanken Hessen-Thüringen und Baden-Württemberg scheuen sich nicht, Atomwaffen mitzufinanzieren. Fragen Sie bei Ihrer Bank nach oder informieren Sie sich bei Organisationen wie ICAN oder urgewald, welche Banken Kredite für Atomwaffen vergeben. Glücklicherweise gibt es mittlerweile einige Banken, die bei der Kreditvergabe fragwürdige Geschäfte, wie eben auch Waffenproduktion, ausschließen. Wenn ihr euch für ein Konto bei einer solchen nachhaltigen Bank entscheiden, vergesst nicht, eurer alten Bank die Gründe für Ihren Wechsel mitzuteilen!

Zum Schluss möchte ich euch bitten, euch eine Welt ohne Atomwaffen vorzustellen. Sie könnte aussehen wie folgt:

Wie zuvor schon biologische und chemische Waffen sind nun auch Atomwaffen geächtet. Die Waffenarsenale wurden vernichtet. Die 105 Milliarden US-Dollar, die jährlich in Atomwaffen gesteckt werden, dienen nun dazu, das Leben aller Menschen zu verbessern. Die Milliarden fließen in den Aufbau und die Sanierung von Schulen, Kindergärten und Krankenhäusern. Der Hunger auf der Welt kann bekämpft und beendet werden. Medizinische Forschung wird ebenso unterstützt wie Schulungen zur gewaltfreien Konfliktlösung. Projekte zum Naturschutz, zur Bildung, zur Förderung von Musik und Kunst erhalten Gelder.

Für eine solche Welt, für Frieden und Abrüstung lohnt es sich, weiterhin mit Engagement und Optimismus einzustehen! Vielen Dank.

Quellen:

- <http://www.atomwaffenfrei.de/>
- <https://www.friedenskooperative.de/>
- <https://www.icanw.de/abgeordnetenerklaerung/>
- <https://www.icanw.de/aktivitaten/petition-unterschreiben/>
- <https://www.icanw.de/fakten/herstellung-und-einsatz/kosten-und-ausgaben/>
- <https://www.icanw.de/ican-staedteappell/>
- <https://www.icanw.de/publikationen/atomares-deutschland/>
- <https://www.instagram.com/beafihn/>
- <https://urgewald.org/shop/finance-future>